

Der Zentral-Arbeiter

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin D. 27, Magazinstr. 6/7 II — Fernsprecher: Königsstadt 1076
Postfachkonto Berlin 5386
Die Zeitung erscheint jeden Freitag

Bereinzelt seid Ihr nichts — Vereint alles!

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Anzeigen die dreizehnpennige Kleinzeile 3 Mark, Arbeitsmarkt 1 Mark. Anzeigen, Drucks- und Verbandsgebühren sind an Herrn Otto Jehm, Berlin D. 27, Magazinstr. 6/7 II, zu richten. Bezug nur durch die Post. Preis vierteljährlich 6 Mark und Bestellgeld

Inhalt: Regierung und Streikrecht. — Die „Rote Fahne“ als Beschützerin des Achtstundentages! — Kampf- oder Unterstützungsorganisationen? — Der Wolf geht um. — Was bleibt vom Lohnsteuerabzugsfrei? — 10. Tagung des Ausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (II.). — Gegen den Warenhandel der Gewerkschaften und Betriebsräte. — Aus den Gewerkschaften. — Aus der Textilindustrie. — Vermischtes. — Berichte aus Fachkreisen. — Bekanntmachungen. — Quittung. — Anzeigen. — Unterhaltungsteil: Ordnung im Webstuhlgang und am Webstuhl.

Regierung und Streikrecht.

Der Weltkrieg hat die kapitalistischen Wirtschaftsgrundlagen schwer erschüttert. Es sind nicht nur die wirtschaftlichen Beziehungen der Länder zu einander zerstört worden, auch durch die ungeheure Vernichtung von Rohstoffen, Wirtschaftsgütern und Produktionsmitteln aller Art ist der Wiederaufbau unserer Volkswirtschaft schwer gefährdet. Der Wiederaufbau wird durch den Friedensvertrag von Versailles, ferner durch die Belastung, die uns der Krieg in finanzieller Hinsicht brachte, ganz besonders ungünstig beeinträchtigt. Die Auswüchse der kapitalistischen „Ordnung“, die sich während des Krieges und bis zur Stunde in den auffälligsten und mannigfaltigsten Formen zeigten, sind zum schlimmsten Feind des kapitalistischen Wiederaufbaus unserer Volkswirtschaft geworden. Wir brauchen hier nur auf das Kapitel der Ausfuhr von Maschinen oder auch auf die Verschiebung von Rohstoffen nach dem Auslande zu verweisen. Hier zeigt sich augenfällig, wie der Kapitalismus den Kapitalismus untergräbt. Während die eigene Industrie Mangel an wichtigen Rohstoffen und Produktionsmitteln leidet, werden dieselben nach dem Auslande verschoben und dadurch die Grundlagen der eigenen Wirtschaftsführung untergraben. Der Kapitalismus handelt hier nach der ihm eigenen Tendenz, schnell und sicher Geld zu verdienen. Weil er international ist, so lassen sich dessen Handlungen nicht von nationalen Erfordernissen und Notwendigkeiten beeinflussen. Der Kapitalismus läßt sich niemals von nationalen Rücksichten beeinflussen, wenn der Profit dabei in Frage gestellt wird. Der Profit ist ihm für alle Handlungen der Leitstern. Es ist deshalb auch ganz natürlich, wenn Herr Stinnes die Befehle des Ruhrgebietes durch die Entente der Sozialisierung des Bergbaus vorzieht. Des Vaterlandes Wohl in allen Ehren, wenn man Geld dabei verdient, sonst ist es ihnen heil.

Aus diesen Gesichtspunkten heraus läßt sich auch erklären, daß sich das Unternehmertum gegen die Erwerbslosenfürsorge wendet. Die Erwerbslosigkeit war immer ein Mittel, die Löhne zu drücken, sie soll es nach Ansicht der Unternehmer auch fürderhin sein, damit die Lasten, die uns durch den Krieg aufgebürdet worden sind, auf die produzierende Arbeiterschaft abgewälzt werden können. Die Arbeitslosen sollen den Arbeitenden gegenüber in Konkurrenz gestellt werden. Daß es trotz der Arbeitslosigkeit der Arbeiterschaft noch möglich war, zahlreiche Lohnkämpfe erfolgreich durchzuführen, geht selbstverständlich dem Unternehmertum ganz gegen den Strich. Die Steigerung der Lebens- und Bedarfsartikelpreise, welche die Notlage der arbeitenden Bevölkerung ins Unermeßliche steigerte, mußte aber mit elementarer Gewalt die wirtschaftlichen Kämpfe hervorrufen, zumal während des Krieges die Lohnbewegungen künstlich niedergehalten wurden und dadurch der Arbeitslohn zu den Lebensaufwendungen in ein immer träreres Mißverhältnis gebracht worden war. Dieses Mißverhältnis ist heute noch nicht beseitigt; im Gegenteil, es hat sich noch trärer gestaltet. Nach den Berichten von Dr. Rucynski, Direktor des Statistischen Amtes Berlin-Schöneberg, war das wöchentliche Existenzminimum vom August 1913/Juli 1914 bis November 1920 um den effahen Betrag gestiegen. Der wöchentliche Verdienst dagegen nur um den siebenfachen

Betrag. In den Arbeiterhaushaltungen bleibt also ein gewaltiges Manko zu decken übrig, um auch nur eine kümmerliche Existenz zu gewährleisten.

Es ist geradezu ein grober Unfug, wenn man der Arbeiterschaft an der Summe der verlorenen Arbeitstage vorrechnet, wieviel wertvolle Arbeitskraft verlorengegangen ist, die dem Aufbau unserer Volkswirtschaft gedient hätte. Gewiß, die Zahlen reden eine beachtliche Sprache. Dabei ist aber zu beachten, daß die auflebenden Streikbewegungen internationale Erscheinungen sind, die infolge der Steigerung der Preise für Lebensmittel und Bedarfsartikel in allen Ländern in gleicher Wirkung in Erscheinung treten mußten. Eine in London veröffentlichte Statistik gibt einen Ueberblick über die Anzahl der Streiks in den verschiedenen Ländern während der ersten sechs Monate des Jahres 1920:

	Streikende	Durch Streik verlorene Arbeitstage
Deutschland	1 866 358	18 201 660
Italien	1 781 230	21 650 200
Frankreich	1 186 670	19 358 100
Schweden	180 070	4 779 170
Spanien	224 700	11 630 100
England	117 040	6 925 900
Vereinigten Staaten	958 700	11 787 400
Australien	203 400	7 632 000
Belgien	176 940	2 090 440
Österreich	97 540	902 900

Es sind insgesamt über 100 Millionen Arbeitstage durch das Streiken von etwa neun Millionen Arbeitern verloren gegangen.

Biel schlimmer jedoch als der Verlust dieser Streiktage wirkt die kapitalistische Produktion selbst, indem durch dieselbe Millionen von Arbeitshänden dauernd von der Produktion ausgeschlossen werden, weil die spekulative kapitalistische Produktion nur dann arbeitet, wenn die Produktion für den Kapitalisten Profit abwirft. Die gegenwärtige Wirtschaftskrisis, die alle kapitalistischen Länder in der heftigsten Weise heft erschüttert, ist eine Folge der kapitalistischen Wirtschaft. Das Einkommen der breiten Volksmassen steht zu den Lebensaufwendungen in trassem Mißverhältnis. Die Kaufkraft ist geschwunden und die Krisis die Folge. Die Krisis selbst aber nimmt man als eine Selbstverständlichkeit hin, ohne auch nur den leisesten Versuch zu unternehmen, deren Ursachen zu beseitigen, weil dies im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaft nicht möglich ist. Dem Kapital genügt es immer, auf die verlorengegangenen Streiktage zu verweisen und damit von den hauptsächlichsten Ursachen unserer Wirtschaftsmisere abzulenken. Die Streiktage selbst aber haben den Wiederaufbau der Wirtschaft in keiner Weise beeinträchtigt. Durch die Streikbewegungen sind die Löhne zweifelloso gestiegen. Die gestiegenen Löhne werden umgesetzt in Produkte aller Art. Sie sind also der Industrie zum größten Teil wieder zugeflossen. Wenn man dann noch in Betracht zieht, daß die Arbeit nachgeholt worden ist, so bleibt ein direkter Verlust aus den verlorengegangenen Streiktagen nicht bestehen. Die höheren Löhne aber haben zur Belebung der Industrie wesentlich beigetragen, ohne sie wäre die Krisis in ihrer Auswirkung noch schlimmer.

Es bleibt daher unverstänlich, daß die Reichsregierung glaubt, mit Erlassen und Verordnungen den Streikbewegungen Einhalt zu gebieten. Solange die Ursachen dieser Bewegungen nicht beseitigt sind, müssen alle gesetzgeberischen Künste und Verordnungen scheitern, die sich gegen diese Bewegungen richten. Mit einer Verständnislosigkeit sondergleichen haben die Regierungen nach der Revolution den Streikbewegungen gegenübergestanden. Ob es die sozialistisch-bürgerliche oder die rein bürgerliche Regierung war, ob es das Kabinett Scheidemann, Bauer oder Fehrenbach war, ganz gleich, es war Jache wie Hofe, sie wollten alle mit den gleichen Mitteln die Streikbewegungen im Interesse des wirtschaftlichen Wiederaufbaues bekämpfen. Sie wußten der Arbeiterschaft nichts

Besseres zu sagen, als daß sie im Interesse des Wiederaufbaues auf ihre Forderungen verzichten sollte, d. h. sie sollte zugunsten des Kapitals mit ihren Familien noch mehr hungern und darben. Es ist besonders zu beachten, daß, wenn die Arbeiterschaft sich um ihre Existenz nicht kräftig gewehrt hätte, dann das Verhältnis zwischen Arbeitslohn und Lebensaufwendung noch bedeutend ungünstiger wäre. Ist denn die Not der deutschen Arbeiterschaft und der Beamten nicht groß genug? Redet das Elend unserer Kinder, die scharenweise ins Grab sinken, nicht eine allzu deutliche Sprache? Ist es nicht Zeugnis genug von dem Elend der Arbeiterschaft, indem jeder vierte Arbeiter ein Tuberkulöser ist? Während auf Seiten der Arbeiterschaft und der Beamten das Elend bergehoch steigt, sucht die Regierung mit allen Mitteln den Kapitalismus vor dem anstürmenden Proletariat zu retten, und zwar lediglich auf Kosten des Proletariats. Unsere Regierung verbraucht zum Schutze des Kapitals jährlich fünf Milliarden für unser herrliches Reichsheer. Die Bourgeoisie verbraucht eine Milliarde für Sekt, ohne das, was diese Schlemmer noch für Magen- und Sinneskugel ausgeben; Sekt allein tuts bei ihnen wahrhaftig nicht. Da kommen noch mehr Milliarden zusammen. Trotz dieser Kontraste regt man sich auf, wenn die Arbeiter oder gar die Beamten zum Streik greifen, weil man ihnen ihre gerechten Forderungen nicht erfüllen will. Und die Regierung wehrt nichts Besseres zu tun, als mit Streikverboten, Streikverordnungen, Streikerlassen und Schlichtungsverordnungen gegen die Arbeiterschaft mobil zu machen! Kostete war das große Vorbild, welches durch seine glorreiche Reichswehr und durch Schöpfung der Technischen Nothilfe dem General Gröner bei seinem Streikerlaß gegen die Eisenbahner vorangegangen ist. Dabei wollen wir Herrn Gröner die Erfahrung auf diesem Gebiet nicht abschreiben. Er hat schon während des Krieges sich in dieser Richtung geübt, und wenn wäre der Aufruf des Generals Gröner, wo er sagte, „wer streikt, ist ein Hundsfott“, nicht noch in frischer Erinnerung! Der neuerliche Erlaß Grönors ist ja nicht ganz so grob wie damals, als Gröner noch mit dem Säbel in der Faust austrumpfen konnte. In diesem Erlaß heißt es:

1. Mit den Beamtenpflichten sei eine Streikfreiberechtigung in und außerhalb des Dienstes unvereinbar.
2. Streikagitation innerhalb der Dienststunden und Diensträume sei unzulässig. Anschläge auf Eisenbahngelände, die zum Streik auffordern, seien zu verhindern, ebenso die Verteilung von Druckschriften zum Zwecke der Streikagitation.
3. Es soll alles getan werden zur Bekämpfung des Streikfebers unter der Beamtenschaft, durch Aufklärung über die schweren Folgen für die gesamte Beamtenchaft, für ihre Stellung im Staate und für die politische und wirtschaftliche Entwicklung überhaupt.
4. Die Reichsregierung und das Parlament hätten bisher die Not der Beamten durch die im Dezember getroffenen Maßnahmen anerkannt und würden auch weiterhin auf eine Milderung dieser Notlage hinarbeiten. Dem ständen jedoch die unbefonnenen fortgesetzten Streikdrohungen entgegen.

Mit diesem Erlaß wird den Eisenbahnern das Streikrecht abgesprochen. Eine Wirkung kann er selbstverständlich nicht ausüben, denn bei einem Streik entscheiden härtere Tatsachen. Der Streikerlaß zeigt aber offenkundig, wie die Regierung fortgesetzt die Interessen der Arbeiterschaft verletzt. Die Regierung ist die Gefangene des Kapitals. Solange die Arbeiterschaft nicht die Regierung an sich reißt, solange werden die Interessen der Arbeiter dem kapitalistischen Interesse untergeordnet. Der wirtschaftliche Wiederaufbau wird gefährdet durch den Kapitalismus, der sich auf Kosten des Lebens und der Gesundheit von Millionen von Arbeitern und deren Kinder erhalten will. Die Streikbewegungen sind Ergebnisse der durch den Kapitalismus geschaffenen unüberbrückbaren Gegensätze. Diese Gegensätze sind auf die Spitze getrieben und müssen unsere Wirtschaft dem völligen Bankrott entgegenführen. Hier können keine Streikerlasse und Schlichtungsverordnungen helfen, sondern hier kann nur eins helfen: die Sozialisierung.

Ordnung im Webstuhlgang und am Webstuhl.

Nach einem Referat von R. D. Luz, Heiden.

Der Webstuhlgang ist die Arbeitsstätte des Webers und der Weberin. Darin haben sie die meiste Zeit ihres Lebens zu verbringen. Täglich seine zwölf und mehr Stunden muß der Weber in den oft gar traurigen, feuchten, dumpfigen Kellerräumen arbeiten. Nicht selten sind die Kellerräume dazu noch mit so spärlichem Licht versehen, daß so ein Webstuhlgang eher einer Räuberhöhle, als einem anständigen Arbeitslokal gleicht. Da bei Erstellung eines Webstuhls 1—1½ Meter Erde ausgehoben werden muß, so ergibt sich, daß, sofern nicht eine gute Drainage-Ableitung für das Grundwasser erstellt wurde, sich bei Regenwetter sehr oft Wasser im Keller einstellt. Es liegt auf der Hand, daß solche Keller dann höchst ungesund sind. Man betrachte nur so gelegentlich einen Berufsweber, der jahraus, jahrein beständig in einem solch feuchten Keller sich aufhalten muß; dann sieht man die Folgen und Wirkungen nur zu deutlich. Nicht selten gleicht ein solcher Weber eher einer Leiche oder einer abgestorbenen Pflanze und ist das Gegenteil einer gesund aussehenden Menschengestalt. Vergleicht man so einen Webertyp mit einem von Gesundheit strotzenden Bauerntyp, dann ist der Unterschied ja auffallend. Wo der Weber nicht als Selbstbesitzer des Kellers für Rennebur sorgen kann, also Mieter ist, sollte er den Besitzer dennoch anhalten, hierin Ordnung zu halten.

Und wie sieht es oft im Mauerwerk aus? Oft traurig genug! Manchmal trifft man Kellermauern an, die überhaupt diesen Namen nicht mehr verdienen würden. Faulle, linde Steine liegen ungeordnet noch aufeinander, sind aber dem Einsturze nahe. Wenn ein Verputz zu sehen ist, ist er grün, grauschwarz und ein Fäulnisgeruch macht den ganzen Keller zu einer Gestankgrube. Wo die Mauern noch einigermaßen in Ordnung sind, sollte man sie von Zeit zu Zeit weißeln. Das vertreibt allerlei Gewürm und Käfer und macht den Keller wohnlicher und heller. Und die Kellertreppen? Auch diese sind oft schauerhaft. Hier mit der größten Vorsicht darf man da

und dort in den Keller hinabsteigen. Entweder eine faule Holztreppe oder ein paar plumpe Steine führen hinunter. Es braucht nachgerade manchmal ein ordentliches Stück Wagemut und Akrobatik, bis man hinkommt. Auch hierin sollte auf Ordnung gehalten werden.

Werfen wir noch einen Blick auf den Kellerboden. Ach, wie sieht's da manchmal aus! Lumpen, Schnüre, Holzabfälle werden nie weggenommen, sie verpesten die Luft im Keller. Ein Keller muß selbstverständlich, wie jedes andere Arbeitslokal, von Zeit zu Zeit gereinigt werden. Aber da wird noch sehr viel gesündigt. Man muß nur wollen und sich an Ordnung gewöhnen und dann freut es einen. Diejenigen, die auf Ordnung halten, wehen deswegen weber qualitativ noch quantitativ weniger.

Werfen wir nun noch einen Blick auf das Gesimse im Keller. Was treffen wir da oft für eine „Ordnung“ mitunter! Wie auf dem Boden liegen hier auch Lumpen, Staub, Abfälle und manchmal noch Abfälle der Hühnerschar. Auch das Gesimse sollte sauber sein und frei von allem Ueberflüssigem, geschweige denn von Unrat.

Nun die Hauptfache! Das sind die Fenster. O, welch ein Anblick mitunter! Zerbrochene Scheiben, die Holzrahmen faul und die noch ganz erhaltenen Scheiben derart mit Staub und Schmutz überzogen, daß die liebe Sonne keinen Zutritt mehr hat in den jowieso nicht sonnigen Kellerräumen. Auch hierin sollte mehr auf Ordnung gehalten werden. Die Fenster sollten ganz, blank und sauber sein. Was sagt man von einer Hausfrau, wenn sie die Fenster in der Wohnung nicht reinhält? Also, überall kann mit Reinlichkeit da und dort das Arbeitslokal des Webers etwas wohlicher gemacht werden. Man muß nur wollen. Es läßt sich noch manches machen, was den Aufenthalt im Webstuhlgang angenehmer und gesünder gestaltet.

Gehen wir über zur Ordnung am Webstuhl. Ein rechter Weber, so er einen Stuhl anrücken läßt, schaut darauf, daß das Weben kompakt eingerichtet wird. Welchen Schaden für einen Weber kann es ausmachen, wenn der Webstuhl technisch unrichtig aufgestellt wird. Sogenannte Rüscher-Anrüscher sollten gemieden werden. Es muß alles von Grund auf im Entel und im Blei sein, ansonst ein Stuhl nie gut gehen kann. Ist aber ein Stuhl gut eingerichtet, so

halte man Sorge dazu. Vor allem sollte das öftere Waschen nicht fehlen, es verringert den Gang des Webens. Dazu ist aber nur das beste Nähmaschinenöl gut genug. Speiseöl und dergleichen taugen nicht, weil sie zu stark harzen. Wichtig ist auch ein gutes Schiffschen. Man bedente, wieviel tausendmal so ein Schiffschen nur in einem Tag hin und her gepickt werden muß! Hier heißt es aufpassen. Gut also ist Grundbedingung. Geht das Schiffschen nicht gut, so übt es einen großen Einfluß aus auf den Gang des Webens, ja es hat den Anschein, als ob der Gang des Webens viel trärer sei.

Die Platte bedarf der besonderen Aufmerksamkeit. Man halte dieselbe sauber und kabellos. Auch hier rückt sich das mangelhafte Waschen sehr. Auch der Maschine muß besondere Sorgfalt geschenkt werden. Sie soll von allerlei Ketten frei sein. Das erreicht man, wenn sie nur mit dem feinsten Nähmaschinenöl behandelt wird. Daß ein rechter Weber stets verschiedene Nadeln, Schrauben, gute Schnüre und Anrüschergeräth zur Seite hat, versteht sich am Rand.

Sind die oben erwähnten Bedingungen erfüllt, so kann man weben, daß es eine Freude ist. Ist dann einmal so ein Zettel im Galopp fertiggewoben worden, so sehe man genau nach, bevor man das Garn hinter dem Geschirr abschneidet, ob auch keine Fäden fehlen. Man ziehe die fehlenden noch ein, damit der Andreher in seiner Arbeit nicht gehindert wird. In den Enden meinen viele Weber, sei es gleich, ob Fäden fehlen oder nicht. Es ist nicht so! Jeder Faden hat genau seinen Standort. Flüchtigkeiten hierin sind nicht entschuldbar.

Der Andreher soll seine Arbeit ja möglichst genau verrichten. Genau der „Rüspi“ nach, wie der Zettel aus der Schlichterei perfekt zugefellt wird, soll angeordnet werden. Ein unrichtiges Andrehen ist für den Weber von bedeutendem Nachteil. Eine solche „Rätt“ wird „anrätig“. Man hat Verbruch den ganzen Zettel hindurch. Bei richtig angeordnetem Zettel kann man die Schienen nur so nach hinten schmeißen. Ueber das Gewichtabhängen ist zu bemerken, daß es eine mäßige Gestrecktheit braucht. Zu wenig und zuviel verdirbt auch hier jedes Spiel. Sängt man zu wenig an, so wird der Stoff „gemüggelt“. Man webt zuviel ein, abgesehen davon, daß der Anzug

Die „Rote Fahne“ als Beschützerin des Achtstundentages!

Die „Rote Fahne“, die einen verzweifeltsten Kampf gegen die „gelbe“ Gewerkschaftsbureaucratie führt, bringt in Nr. 10 vom 7. Januar folgenden Aufsatz:

„Die Gewerkschaftsbureaucratie zerpflegt das Proletariat.“

Die Gewerkschaftsbureaucratie, die nicht genug Entrüstungsworte finden können, wenn es gilt, den Kommunisten vorzuwerfen, sie zerpflegt das Proletariat, sind es in der Tat selbst, die einen Keil zwischen die verschiedenen Schichten des Proletariats zu treiben suchen.

In Cassel gelang es in der dortigen Zuteilspinnerei-Aktiengesellschaft der Direktion und der mehrheitssozialistischen Gewerkschaftsbureaucratie, die Arbeiterschaft darauf zu betören, daß der Zehn-stundentag eingeführt wurde.

Die Arbeitslosen Kaffers erzählten davon und beabsichtigten eine Demonstration, in der sie ihr Gland zeigen wollten, um die Arbeiterschaft der Zuteilspinnerei zu veranlassen, die Ueberarbeit abzulehnen, solange noch so zahlreiche Arbeitslose auf der Straße liegen. Als die Kaffers hohen Herrschaften von der beabsichtigten Demonstration erfuhren, besetzten sie die Fabrik mit der Sipo. Der daraufhin unter der gesamten Arbeiterschaft erkennbaren Erregung wagte man doch nicht die Stirn zu bieten und zog die Sicherheitspolizei aus der Zuteilspinnerei zurück. Es gelang aber unseren Genossen, die sich mit aller Energie bei dem Betriebsrat der Fabrik und auch der örtlichen Verbandsleitung gegen eine Ueberschreitung des Achtstundentages einsetzten und verlangten, daß die Arbeiterschaft eingestellt werden, nicht dies zu erreichen. Sowohl der Betriebsrat der genannten Fabrik als auch die Verbandsleitung waren nicht zu bewegen, energisch auf Innehaltung des Achtstundentages zu beharren. Lediglich eine Verpflichtung der Direktion, noch eine Anzahl Hilfskräfte einzustellen, konnte in Aussicht gestellt werden. Ferner gelang es unseren Genossen, einen Beschluß herbeizuführen, daß bei nochmaliger Befragung des Betriebes durch die Sipo sofort die Arbeit niedergelegt wird.

Dieser empörende Vorfall zeigt uns die Früchte der Politik der Gewerkschaftsbureaucratie. Die einzelnen Arbeiterschaften werden auseinandergehend, die Arbeitenden werden die Arbeitslosen ausgespielt. Die Arbeiterschaft muß endlich mit dieser Gesellschaft brechen. Das Kaffers Beispiel zeigt, wie die Politik der Mehrheitssozialisten der Arbeiterschaft nichts anderes bringt als mehr Arbeit, das bedeutet einige Scheinprivilegien und sonst weitere Verelendung; das bedeutet die Ausrichtung einer Scheidewand zwischen Arbeitenden und Arbeitslosen, die Zerpflegung des Proletariats.

Der Betriebsrat der Zuteilspinnerei sagt hierzu folgendes:

„Um der rechtzeitigen Lieferung der Auslandsaufträge nachkommen zu können, hat die Arbeiterschaft und der Betriebsrat in einer Betriebsversammlung hierzu Stellung genommen und der Leistung von Ueberstunden zugestimmt; arbeitslose Textilarbeiter und namentlich Zuteilarbeiter gibt es zurzeit nicht. Die Einstellung von neuen Arbeitskräften, ohne daß dieselben eine längere Lernzeit zurücklegen, um in zwei Schichten zu arbeiten, ist nicht möglich. Der Betrieb ist mit Arbeitskräften voll besetzt, und soweit es sich um die Einstellung von ungelernten Arbeitskräften handelt, sind solche laut Vereinbarung mit dem Betriebsrat und der Verbandsleitung eingestellt und wenn möglich, werden weitere eingestellt. Die Lieferzeit der Auslandsaufträge ist kurzfristig, und infolge der erheblichen Preissenkung für Rohstoffe möchten die Abnehmer schon an und für sich von ihren Aufträgen zurücktreten. Die nicht rechtzeitige Lieferung würde die Annullierung der jetzt und später fällig werdenden Aufträge zur Folge haben. Auf Grund dieser Sachlage hat die Arbeiterschaft und der Betriebsrat der Leistung von Ueberstunden zugestimmt.“

Wir wollen hierzu bemerken, daß die Verbandsleitung nicht in allen Fällen die Leistung von Ueberstunden ablehnt, da auch unsere Tarife die Leistung von Ueberstunden unter gewissen Voraussetzungen vorsehen. Von einer Einführung des Zehnstundentages kann gar keine Rede sein, wie die „Rote Fahne“ behauptet. Dabei stehen wir aber nicht an, zu erklären, daß wir es außerordentlich bedauern, daß der Betriebsrat der Zuteilspinnerei gegenwärtig dieser Ueberstundenleistung zugestimmt hat. Wir stehen gegenwärtig im Kampfe um die Erhaltung der 46stündigen wöchentlichen Arbeitszeit. Solange diese Frage nicht geregelt ist, mußte der Betriebsrat die Leistung von Ueberstunden ablehnen. In dieser Richtung sind an unsere Funktionäre Anweisungen ergangen, die zweifellos hier unbeachtet geblieben sind.

Die „Rote Fahne“ hat aber gar keine Ursache, sich zum Beschützer des Achtstundentages aufzuwerfen. Denn in ihren eigenen (kommunistischen) Parteibetrieben wird der Achtstundentag in der schlimmsten Form durchbrochen. Die „Leipziger Volkszeitung“ berichtet aus dem Betriebe des Hallenser „Rafentamp“, daß „die Buchdrucker, Druckereihilfsarbeiter und Buchbinder Tag und Nacht, Sonntag und in der Woche arbeiten. Der Buchbinder des Betriebes, einer von den kommunistischen Hauptfunktionären, der gleichzeitig Vorsitzender des Buchbinderverbandes ist, hat in einer Woche 96 Stunden gearbeitet. Er hat sogar seine Frau zur Arbeit mitgebracht (die Familie ist kinderlos), obgleich eine ganze Anzahl arbeitsloser weiblicher Arbeitskräfte vorhanden ist. Um noch mehr zur Ueberstundenarbeit anzureizen, spendierte ein neuer Parteiangestellter der Kommunisten, der nebenbei noch ein Barbiergeschäft betreibt, im Auftrage der Bezirksleitung

dadurch gerne zu scharf wird. Hängt man zuviel an, so sind Ehen, Lor und Gekirr schneller kaputt. Außerdem muß man unnötig Kraft vergeuden zum Treten. Es geht, wie man sagt, streng.“

Man muß also alles wohlbedenken und überlegen, die sich bietenden Vorteile ausbeuten und alle Nachteile ausmerzen. Auch der Weberberuf braucht eben denkende Leute. Solange alles gerade fortgeht, braucht es allerdings nicht viel Denkfraft dazu. Anders verhält es sich, wenn verschiedene Hindernisse eintreten. Wie geplagt so ein Weber, der sich gar nicht zu helfen weiß, wenn es irgendwo anfängt zu hapern. Ein denkender Weber erforscht alsdann die Grundursachen, er hält den ganzen Zusammenhang wohl im Auge und kommt den Hindernissen sicher bald auf die Spur. Weil wir aber nun betont haben, daß der Weber ein berechnender und abwägender Fachmann sein soll, wie jeder andere Berufsmann, so kommen wir zum Schluß noch auf folgenden wichtigen Punkt: Geistig und körperlich ganz schwache Kinder sollte man nicht in den Keller einsperren und sie noch zum Weben anhalten. Solche Kinder sind sehr zu bedauern, denn tüchtige, leistungsfähige Weber geben sie doch niemals. Soll ein Weber einigermaßen etwas verdienen, so muß er über eine Fertigkeit verfügen können, sonst ist er ein armer Tropf. Er muß nicht nur schön, exakte Ware machen können, sondern auch mit Behendigkeit und Energie viel leisten können. Wie sollte einer bei der teuren Lebenshaltung sich mit einer Familie noch durchschlagen können? Sind aber Intelligenz, Gesundheit und Freude zum Weberberuf vorhanden, dann kann es einstweilen noch so mit knapper Not gehen.

Darum Weberschiffli macher,
Hau das Stüd bald ab.
Es braucht ein Will', ein starker,
Im kurzen und langen Tag.
Daß ein Vieblein klingen,
Wenn das Schiffchen fahrt.
Daß dies öfters „Spill“ bringen,
Dann gib's zu essen, wenn der Magen knurrt.

(Leipziger, Schweiz.)

für die arbeitenden Frauen 100 Mark für Schokolade.

So sieht also die Fürsorge der Kommunisten um die Arbeitslosen aus. Selbst Schokolade hält man bereit, damit die arbeitenden Frauen Ueberstunden leisten.

Eine heuchlerische Gesellschaft!

Kampf- oder Unterstüßungsorganisationen?

Man schreibt uns:

Gehören Kranken- und Erwerbslosenunterstützung in die Gewerkschaften? Diese Frage wird zweifellos auf der nächsten Generalversammlung eine große Rolle spielen. Vor dem Kriege hatten wir keinerlei Unterstützung für Arbeitslose aus öffentlichen Mitteln; die Arbeitslosen waren sich ihrem Schicksal selbst überlassen. Nachdem man aber unter dem Zwang der Verhältnisse auf dem Verordnungswege Mittel zur Unterstützung Erwerbsloser bereitstellen mußte, war es sofort Aufgabe der Gewerkschaft, die Unterstüßungsfrage aufzurollen. Leider ist es nicht gelungen. Es kann eingewendet werden, in unseren Ortsverwaltungen wollen die Mitglieder nichts davon wissen, sie werden der Beseitigung der beiden Unterstüßungsarten nicht zustimmen. Diese Einwendungen sind nicht stichhaltig.

Natürlich kommt viel auf die Stimmung der Mitglieder an. Wirbt man die Mitglieder nur auf Grund der Unterstüßungseinrichtungen, so wird man immer schlechte Erfahrungen machen. Macht man sie aber auf die immer schwerer werdenden Kämpfe aufmerksam, sagt man ihnen, nur im schärfsten Kampfe könnt ihr euer Leben retten, so werden die Mitglieder sich diesen Dingen nicht verschließen, sie werden einsehen, daß Kranken- und Erwerbslosenunterstützung nicht in die Gewerkschaften gehören. Die Gewerkschaften sind nicht dazu da, dem Staate seine Verpflichtungen dem Opfer der heutigen Zeit gegenüber abzunehmen. Die Gewerkschaften haben wirklich auch keine Mittel dazu. Die wirtschaftlichen Kämpfe werden immer schwerer, lenken wir deshalb das Augenmerk der Kollegen und Kolleginnen darauf. Seit 1918 haben die Gewerkschaften einen starken Zustrom erhalten, die annähernd 6 Millionen neuer Mitglieder werden unterstüßungsberechtigt. Die wirtschaftliche Krise, die uns jetzt vom Westen her zu erdrücken droht, wird uns auch manchen Kopfschmerz in den Gewerkschaften machen. In vielen Fällen sind alte Mitglieder ausgesteuert, sie können keinen Zuschuß mehr erhalten, neue erhalten 30 Tage (1 Jahr). Dauert die Arbeitslosigkeit länger, so ist mit dem wenigen auch nicht geholfen. Verwende man all diese Mittel zur Verbesserung und zur Verkürzung der Arbeitszeit, dann ist auch den Arbeitslosen geholfen. (Eingliederung in den Produktionsprozeß.)

So wie bei der Erwerbslosenfürsorge liegen auch die Verhältnisse im Krankentassenwesen. Lenken wir unser Augenmerk einmal auf die Betriebskrankentassen, sorgen wir dafür, daß diese Auswüchse bald von der Bildfläche verschwinden, treten wir ein für eine straffe Zentralisation des Versicherungswesens! Dann werden diese Körperschaften auch ihrer Aufgabe gewachsen sein, nämlich den Kranken und Leidenden die Hilfe zu gewähren, die ihnen zukommt.

Wir sehen große Gefahren für die Gewerkschaften heraufziehen, nicht verursacht von den Kommunisten, sondern aus den wirtschaftlichen Verhältnissen. Entweder wir behalten die Unterstüßungen bei und unterlassen die Kämpfe, oder aber wir beseitigen die nicht mehr zeitgemäßen Unterstüßungsarten und kämpfen für den Bestand der Arbeiterklasse.

Mit den alten Waffen der Vorkriegszeit kommen wir nicht mehr aus.

Ich hoffe, daß sich aus meinen Ausführungen eine recht rege Debatte herausbilden wird.

R. H. Limbach i. Sa.

Soweit der Kollege R. H. einer straffen Zentralisation des gesamten Sozialversicherungswesens das Wort redet, sind wir mit ihm einverstanden. Auch wir haben immer gegen die Zerpflegung der Krankentassen gekämpft, weil durch dieselbe die Versicherten maßlos geschädigt worden sind. Anders sieht jedoch die Sache mit den Unterstüßungseinrichtungen in den Gewerkschaften aus. Wir können nicht ohne weiteres mit roher Hand diese Unterstüßungseinrichtungen beseitigen. Es würde dies unseres Erachtens zu einer schweren Schädigung der Organisation führen. Die Argumente, die R. H. ins Feld führt, sind ja so alt, wie die Unterstüßungseinrichtungen selbst; die Gegner der Unterstüßungseinrichtungen haben die Einführung der Unterstüßung mit denselben Gründen bekämpft. Die Entwicklung hat jedoch gezeigt, daß diese Einwände Trugschlüsse waren. Es steht ohne Zweifel fest, daß die Unterstüßungseinrichtungen in den Gewerkschaften die Mitglieder fester an die Gewerkschaften ketten. Und nicht nur das, sie waren auch ein wesentliches Mittel zur Stärkung der Gewerkschaftsorganisationen überhaupt. Die Arbeitslosenunterstützung selbst aber ist als ein unbestrittenes Kampfmittel anzuspreehen; sie hat die Kampffähigkeit der Gewerkschaftsmitglieder wesentlich gehoben. Die Summen, die in Form von Unterstüßungen ausgegeben werden, erhöhen ohne weiteres die Widerstandskraft der Arbeiterschaft. Es ist deshalb eine Illusion, wenn R. H. glaubt, daß die in Form von Unterstüßungen verausgabten Gelder den Kampfscharakter der Gewerkschaften beeinträchtigen. Das Gegenteil ist der Fall. Daß solche einfachen Dinge, die jeder ABC-Schläger in der Gewerkschaftsbewegung kennt, dem Kollegen R. H. nicht bekannt sind, ist bedauerlich. Für uns Gewerkschaftler muß doch die Geschichte der Gewerkschaftsbewegung beachtet werden und bei unseren Handlungen mit zu Rate gezogen werden. Es gilt dies bei allen Fragen und Problemen, die auslauchen, und somit auch bei Beurteilung der Frage des Abbaues der Unterstüßungseinrichtungen. Wir können deshalb nicht der Phrase, daß durch die Unterstüßungseinrichtungen den Gewerkschaften der Kampfscharakter genommen würde, das Wort reden. Der entschlossene Wille der Arbeitermassen zum Kampf gegen die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft findet seine Förderung in den wirtschaftlich politischen Zuständen der Gegenwart. Mit der Unterstüßung wird der Wille zum entschlossenen Kampf nicht abgemindert, sondern die Kampffähigkeit erhöht. Ob wir die Gelder in Form von Unterstüßungen ausgeben oder in Form von Unterstüßungen, ist gleichgültig. Dabei muß aber beachtet werden, daß eine vollkommen degenerierte Arbeiterschaft niemals soviel Kraft und moralischen Willen aufbringen kann, um die Bourgeoisie ihrem Willen unterzuordnen und die sozialistische Wirtschaft an Stelle der kapitalistischen durchzusetzen. Daß unsere Unterstüßungseinrichtungen, namentlich die Arbeitslosenunterstützung, unzulänglich sind, wissen wir. Aber unsere Verbandsorganisationen lassen sich nicht für kürzere Zeiten festlegen, sondern müssen immer für längere Zeiträume Geltung haben. Wenn R. H. sagt: Entweder wir behalten die Unterstüßungen bei und unterlassen die Kämpfe, oder aber wir beseitigen die nicht mehr zeitgemäßen Unterstüßungsarten und kämpfen für den Bestand der Arbeiterklasse, so können wir darauf nur sagen, daß wir viel weiter wie der Kollege R. H. gehen: wir kämpfen für die Befreiung der Arbeiterklasse aus jeder Lohnknechtschaft. Die Waffen, die wir hierzu brauchen, wird die Zeit der Arbeiterklasse schmeißen. Die absterbende kapitalistische Gesellschaft wird dem Proletariat die Waffen in die Hand drücken, die es zu seiner vollständigen Befreiung braucht. Die bisherigen Waffen dürfen wir nicht fortwerfen, solange wir bessere nicht besitzen, sondern wir müssen die Waffe der Gewerkschaft in ihrer Form voll ausnützen gegen unsere Gegner. Die Gewerkschaften sind im Schoße der kapitalistischen Wirtschaft geboren worden, um den Kampf gegen den Kapitalismus zu führen. In diesen Kämpfen hat sich die Gewerkschaftsorganisation als Waffe gebildet und deren Einrichtungen sind ein Produkt des Kampfes. Das Wichtigste, was die Gegenwart von uns verlangt, ist die Einigkeit der Arbeiterschaft herzustellen, um eine geschlossene Kampffront gegen die Reaktion zu schaffen. Für dieses Problem einzutreten ist heute unendlich wichtiger als alles andere.

Die Redaktion.

Der Wolf geht um.

Der christliche Bezirksleiter Ernst Rümmele hat an die Vorstandsmitglieder und Vertrauensleute folgendes interessante Schreiben gerichtet:

Börsch, den 29. Januar 1919.

An die Vorstandsmitglieder und Vertrauensleute unserer Ortsgruppe Lodinau.

Werter Kollege, werter Kollegin!

Ich komme am Freitag, den 31. Januar 1919, nach Lodinau und findet dann abends 8 Uhr im Hirschen eine Generalversammlung.

Hat, wobei ich einen Vortrag halten werde über das Thema: „Unsere Ideale im Wandel der Zeiten“. Ferner steht zur Tagesordnung: Die Neuwahl des Arbeiterausschusses und anderes mehr.

Ich bitte Euch nun, alle unsere Mitglieder zu benachrichtigen und sie zu unserer Versammlung einzuladen. Nur unsere Mitglieder nebst Angehörigen und Unorganisierte haben zu unserer Versammlung Zutritt. Sozialdemokraten und Freireorganisierte sind ausgeschlossen.

Diese unsere Generalversammlung am Freitag abend ist notwendig und sehr wichtig, denn der Wolf im Schafspelz geht in Lodinau um: der zu den Sozialdemokraten übergetretene frühere „Kollege“ Siegfried sucht uns Mitglieder absprengend zu machen und den freien Textilarbeiterverband in Lodinau einzuführen. Das ist eine gefährliche Zerpflegung und Schädigung unserer ganzen Arbeiterbewegung in Lodinau. Ihr wißt alle, was unser Verband in den letzten Jahren für die Arbeiter dort geleistet hat, deshalb brauchen wir jetzt den freien sozialdemokratischen Verband nicht. Wir müssen diesen roten Füchsen auf die Finger klopfen und ihnen ihr sauberes Handwerk legen. Kommt deshalb alle zu unserer Versammlung. Fehle niemand!

Mit freundlichem Gruß!

Ernst Rümmele, Bezirksleiter.

Es ist wahrhaftig recht schrecklich, daß in Lodinau der Wolf umgeht und die christlichen Mitglieder zu verschlingen sucht. Wir finden es daher ganz in der Ordnung, wenn Ernst Rümmele als tapferer Ritter St. Georg auszieht, um den Wolf zu erlegen. Wir glauben nur, daß Ernst Rümmele nicht das richtige Mittel anwendet. Anstatt den Wolf in seiner Versammlung zuzulassen, wo er die beste Gelegenheit hätte, ihn unschädlich zu machen, schießt er ihn aus. Ja, ja, Ernst Rümmele ist ein großer Zweifler, er glaubt selbst nicht an seine Kraft, auch dann nicht, wenn er sich das Gewand des heiligen Ritters St. Georg umgibt. Mit dem „Die-roten-Füchse-auf-die-Finger-klopfen“ hat es eine gar eigene Bewandnis. Man muß doch schließlich so tun. Mit dem Wolf direkt anzubündeln, Zug in Auge, das tut Ernst Rümmele nicht. Er kennt dafür einen besseren Teil der Tapferkeit. Derweil fressen die „Roten“ die Schwarzen. Ja, unsere Christen sind ganz besondere „Brackterle“. Uns kann es recht sein. Im übrigen unser Beileid!

Was bleibt vom Lohn Steuerabzugsfrei?

In Nr. 46 des vorigen Jahrganges wiesen wir darauf hin, daß in den Fällen, wo Mann und Frau zugleich in Arbeit stehen, für jedes dieser beiden Teile das im Gesetz festgelegte Existenzminimum vom Steuerabzug befreit ist und daß außerdem der Ehemann noch die Vergünstigung genießt, den entsprechenden Betrag für die Ehefrau ebenfalls in Abzug zu bringen. Wie eine Reihe von Zuschriften beweisen, ist diesem Erlaß des Reichsfinanzministeriums sowohl von Seiten der Arbeitgeber als auch verschiedener Finanzämter nicht allenthalben Rechnung getragen worden. Wir haben uns dieserhalb direkt an das Reichsfinanzministerium gewendet und erhalten von dort unter dem 3. Januar unsere Auffassung bestätigt. Das Reichsfinanzministerium hat unter dem 14. September 1920 folgendes bekanntgegeben:

Zur Behebung von Zweifeln, die sich bei der Berechnung des abzugsfreien Teiles des Arbeitslohnes ergeben haben, bemerke ich folgendes:

1. Nach § 1, Absatz 6 der vorläufigen Bestimmungen zur Ausführung des Gesetzes zur ergänzenden Regelung des Steuerabzuges vom Arbeitslohne vom 21. Juli 1920 zählen die Kinder, wenn beide Ehegatten zusammenleben, nur als zum Haushalt des Ehemannes gehörig. Bei der Ehefrau darf in diesem Falle der Lohnabzug wegen des Vorhandenseins minderjähriger Kinder nicht geführt werden. Die Ehefrau ist in diesem Fall nicht Haushaltsvorstand, die Kinder gehören also nicht zu ihrem Haushalt. Eine zweimalige Berücksichtigung der minderjährigen Kinder sowohl bei dem Steuerabzug vom Arbeitslohne des Ehemannes wie bei dem der Ehefrau ist ausgeschlossen.

2. Von dem Arbeitslohne der mitarbeitenden Ehefrau eines Arbeitnehmers sind die Beträge nach § 45a Absatz 1 des Gesetzes zur ergänzenden Regelung des Steuerabzuges vom Arbeitslohne vom 21. Juli 1920 (Reichsges.-Bl. S. 1463) beziehungsweise nach § 1 Absatz 1 der hierzu ergangenen vorläufigen Bestimmungen demnach bei Berechnung des Arbeitslohnes nach Wochen 30 Mk. für die Woche, bei Berechnung des Arbeitslohnes nach Monaten 125 Mk. für den Monat abzugsfrei zu belassen.

Daneben darf der Ehemann die Vergünstigung nach § 45a Absatz 2 des Gesetzes beziehungsweise § 1 Absatz 2 der vorläufigen Bestimmungen für die Ehefrau in Anspruch nehmen; es erhöht sich demnach bei ihm der nach § 45a Absatz 1 des Gesetzes beziehungsweise § 1 Absatz 1 der vorläufigen Bestimmungen dem Steuerabzug nicht unterworfen Teil des Arbeitslohnes für die Ehefrau um 1,50 Mk., 10 Mk. oder 40 Mk. je nach täglicher, wöchentlicher oder monatlicher Berechnung des Arbeitslohnes.

3. Bei Arbeitnehmern, die zur Haushaltsführung eines anderen Steuerpflichtigen zählen (§ 20 Absatz 6 des Gesetzes vom 29. März 1920), sind die Beträge des § 45a Absatz 1 des Gesetzes vom 21. Juli 1920 beziehungsweise § 1 der hierzu ergangenen vorläufigen Bestimmungen abzugsfrei zu belassen.

Ich ersuche ergebenst, die Finanzämter hiervon in Kenntnis zu setzen.

(Unterschrift.)

Das Finanzministerium bemerkt in dem an uns gerichteten Schreiben, daß unsere Auffassung den Ausführungen in seinem Erlaß entspricht. Es bleibt also dabei: Sowohl bei dem Mann als auch bei der Frau müssen wöchentlich 30 Mk. vom Abzug befreit bleiben. Es bleiben außerdem bei dem Einkommen des Mannes 5 Mk. pro Tag frei für die Ehefrau und die entsprechenden Beträge für vorhandene Kinder. Nur darf dort, wo Kinder vorhanden sind und der entsprechende Betrag vom Einkommen des Mannes abzugsfrei bleibt, nicht auch noch einmal ein steuerabzugsfreier Teil für die Kinder bei der Frau gesichert werden.

Wir raten also unseren Kollegen dringend, überall dort, wo von Seiten der Arbeitgeber oder der Finanzämter in dieser Hinsicht Schwierigkeiten gemacht werden, sofort den Rechtsweg zu beschreiten, gegen die Finanzämter bei den Landesfinanzämtern Beschwerden zu erheben und die widerpenstigen Arbeitgeber evtl. um den zuviel abgezogenen Betrag zu verklagen. Informationsbureau.

10. Tagung des Ausführenden Ausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

II.

Zu den Angriffen der von den Moskowitern gestiftet und zum Teil wohl auch noch etwas anders ausgehaltenen Kommunisten hatten schon vor der Ausrichtung einige Gewerkschaften (auch unsere, durch den Beirat) in recht scharfer Weise Stellung genommen. Unter den im Ausschuss versammelten Vorstandsvertretern herrschte natürlich volle Einmütigkeit darüber, daß

hier nur eine entschiedene Abwehr am Platze ist. Die einstimmig angenommene Entschliessung hat folgenden Wortlaut:

Die Moskauer „Kommunistische Internationale“ hat der Gewerkschaftsinternationale (Amsterdam) Krieg und Vernichtung angesetzt.

Unter der wahrheitswidrigen und unbeweisbaren Behauptung, die mittel- und westeuropäischen Gewerkschaften seien samt ihren Landeszentralen „gelb“, ihre Führer vom Privatkapital „bestochen“, wird eine Aktion eingeleitet, deren eingeständenes Ziel die Zerschlagung unserer in jahrzehntelanger Arbeit und unter schweren Kämpfen und Opfern aufgebauten deutschen Gewerkschaften ist. Die Gewerkschaftsmitglieder sollen gemäß den Moskauer Thesen verpflichtet sein, die Betriebsräte und Gewerkschaften tatsächlich der Leitung der kommunistischen Partei unterzuordnen. Damit nicht genug, erwartet diese von ihren Parteigängern, daß sie ihre politischen Ziele höher stellen, als die Form der Gewerkschaften und daß sie selbst vor einer Spaltung der Gewerkschaftsorganisationen nicht zurückweichen, wenn der Verzicht auf eine Spaltung gleichbedeutend sein würde mit einem Verzicht auf die revolutionäre Tätigkeit in den Gewerkschaften. Während die deutschen Gewerkschaften bisher als eines ihrer höchsten Güter das unbedingte Recht betrachteten, auf den Landeskongressen ihre Grundzüge selbst festzustellen, ihre Taktik selbst zu bestimmen, sollen sie also künftig dem Gebot von Personen und Körperschaften unterworfen sein, die — ohne Kenntnis der jeweiligen Verhältnisse — rein doktrinär urteilen. Nicht das Proletariat würde diktieren, sondern obskure Claqueurs würden eine Diktatur über das Proletariat ausüben.

Getreu ihrer Tradition und im Verfolg der Beschlüsse der internationalen Kongresse, insbesondere des letzten in London, bekunden die deutschen Gewerkschaften ihre Sympathie und Solidarität mit den Arbeitern aller Länder, nicht zuletzt mit dem Proletariat Russlands, dessen Leiden und Bestrebungen sie mit tiefster Anteilnahme beobachten. Sie glauben, daß der Anschluß der russischen Proletarier an die Amsterdamer Internationale die Kampfkraft der Arbeiterkraft der Welt stärken und auch den russischen Genossen wesentliche Vorteile bringen würde. Aus denselben Gründen aber sehen sich die deutschen Gewerkschaften energisch gegen alle ihre eigene Autonomie und Bewegungsfreiheit gefährdenden Bestrebungen zur Wehr. Als eine solche Gefährdung betrachten sie die Bildung kommunistischer „Keimzellen“, bestimmt, die Gewerkschaften von innen auszuhöhlen, sie den Moskauer Thesen gefügig, in Wirklichkeit aber aktionsunfähig zu machen. Im Gegensatz zu unseren bewährten gewerkschaftlichen Methoden sollen diese „Keimzellen“ zudem Grundzüge befolgen (Anwendung von List, Schleichheit, illegale Methoden, Verschweigen, Verheimlichen der Wahrheit u. a.), die wir als unmoralisch und gewerkschaftsfeindlich mit aller Entschiedenheit ablehnen und bekämpfen.

Da die von Moskau anempfohlenen Tendenzen in hohem Maße die Einheit und Einheitsfront der Gewerkschaftsbewegung gefährden, die Arbeiterkraft in ihrer Schlagkraft lähmen, Verwirrung und Zersplitterung nach sich ziehen, so erklärt der Ausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes es als unabweisbare Pflicht der Verbände, diese zersetzenden Bestrebungen mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu bekämpfen. Mitglieder, die als einzelne oder in Verbindung mit anderen die heute mehr denn je notwendige Einheit der Gewerkschaften schwächen, schädigen deren Position gegenüber dem Kapital, verstoßen darum gegen die gewerkschaftlichen Grundzüge und stellen sich außerhalb des Rahmens der Verbände. Die Konsequenzen aus einem solchen Verhalten ergeben sich damit von selbst.

Der Ausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes warnt darum im Interesse der gewerkschaftlichen Organisation vor der Propaganda der Moskauer Tendenzen. Er richtet an die Mitglieder der angeschlossenen Verbände die ernste Mahnung, den bewährten Grundsätzen der deutschen Gewerkschaften treu zu bleiben und allen Versuchen, Zwietracht und Uneinigkeit in die Mitgliederkreise zu tragen, mit entschlossener Tatkraft entgegenzuwirken.

Ueber den Ausbau der Wirtschaftsorganisationen machte Genosse Adolf Cohen eine Reihe von Mitteilungen, und da diese Sache noch nicht spruchreif ist, beschloß der Ausschuss, eine 15gliedrige Studienkommission einzusetzen. Zehn Vertreter soll der Ausschuss bestimmen und fünf Vertreter sollen dem Afa-Bund eingeräumt werden.

Ein wenn auch nicht großes, sondern doch unter den heutigen Verhältnissen immerhin beachtenswertes Stück praktischer Arbeit zur Förderung der Bekleidungsnot leistete der Ausschuss in seiner Stellungnahme zu der Warenbeschaffungssstelle, an der sich der Bundesvorstand beteiligt hat. Es wurde gegen eine Stimme beschlossen, daß der Bundesvorstand sich an dieser Warenbeschaffungssstelle weiterbeteiligen soll.

Eine schwierige Frage für die deutschen Gewerkschaften bilden die Folgen, die im Saargebiet infolge der Einführung der Frankensmährung entstehen werden. Für die Gewerkschaften handelt es sich darum, welche Beiträge die dortigen Gewerkschaftsmitglieder leisten und welche Unterstützungen sie erhalten sollen. Da sich die Sachlage noch nicht klar übersehen läßt, beschloß der Ausschuss auf Antrag des Genossen Simon (Schumacher), daß der Bundesvorstand eine Vertretung ins Saargebiet entsenden soll, die sich dort mit den Gewerkschaften in Verbindung setzt, damit sie zunächst selber zu der Frage Stellung nehmen und ebenfalls die Vorstände ihrer dortigen Mitgliedschaften veranlassen, sich zu der Sache zu äußern.

Nicht minder schwierig, weil ebenfalls in die sargungsgefähigen Rechte der einzelnen Gewerkschaften eingreifend, ist die Frage der Vereinheitlichung der Mitgliederrechte der verschiedenen Arbeitergruppen in den verschiedenen Gewerkschaften hat schon lange Unzufriedenheit unter den Gewerkschaftsmitgliedern erregt. Jedoch ist eine einheitliche Lösung der Frage sehr schwierig, und die jetzige Ausschussführung hatte eine Kommission eingesetzt, die dieser Sichtung auch ihre Vorschläge unterbreitete. Die Teilnehmer an der Ausschussführung glaubten jedoch nicht aus eigener Machtvollkommenheit diese ziemlich verwickelte Frage lösen zu können und vertagten die Entscheidung bis zur nächsten Sitzung. Bis dahin sollen die Vorstände dazu Stellung nehmen.

Recht schnell wurde der nächste Punkt der Tagesordnung erledigt: Unterstützung der ungarischen Gewerkschaften. Dazu hat der Internationale Gewerkschaftsbund aufgefordert. Eine der Folgen des Vorfalles über Horthy-Ungarn ist die, daß seitdem die Gewerkschaften sich dort etwas besser rühren können. Jedoch sind ihre Kräfte vollständig erschöpft worden durch die riesigen Prozeßkosten und die Unterstützungen, die sie den Opfern des weißen Schreckens gewähren. Einige deutsche Gewerkschaften haben zu diesem Zweck ihren ungarischen Brüdern schon namhafte Beträge bewilligt. Der Ausschuss beschloß, daß die deutschen Gewerkschaften nach Maßgabe des durchschnittlichen Mitgliederstandes vom vorigen Jahre für jedes Mitglied den Betrag von 5 Pf. an die ungarischen Gewerkschaften abführen sollen. Das Geld wird in ungarischen Kronen umgerechnet bei einer Wiener Bank eingezahlt und kann dort unter Kontrolle des Internationalen Gewerkschaftsbundes von den ungarischen Gewerkschaften erhoben werden.

Gegen den Warenhandel der Gewerkschaften und Betriebsräte

wendet sich die „Konsumgenossenschaftliche Korrespondenz“ für die Gewerkschaftsmitglieder. Die Notiz ist besonders auf die in Errichtung begriffene Warenverorgungsstelle deutscher Gewerkschaften (siehe Nr. 50, 1920) gerichtet.

Dazu ist folgendes zu bemerken: Gegen die Mahnung, daß die Betriebsräte sich durch den Warenhandel von ihren eigentlichen Pflichten nicht ablenken lassen sollten, ist nichts einzuwenden. Aber

gegen den Vorwurf der Schädigung der deutschen Gewerkschaften durch die Warenverorgungsstelle muß Einspruch erhoben werden. Wenn die Konsumvereine ganz allgemein in der Lage gewesen wären, die Arbeiterkraft mit preiswerter Bekleidung versehen zu können, dann wäre die Warenverorgungsstelle deutscher Gewerkschaften wohl gar nicht gegründet worden, wenigstens hätte sich der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund nicht daran beteiligt.

Um die Ware zu verbilligen, blieb aber kein anderer Weg, als den Gewinn der Produzenten und den bisher üblichen Aufschlag des Handels herabzudrücken, eine Aufgabe, die nur durch eine allumfassende Organisation der Verbraucher, nicht aber durch die zurzeit bestehenden Konsumvereine zu lösen war. Infolgedessen haben einzelne Zentralverbände der Gewerkschaften, Gewerkschaftsstarke und Betriebsräte großer Unternehmungen sich mit dem Vertrieb von Bekleidungsgegenständen befaßt, um den Handel möglichst auszuschalten und dadurch den Preis herabzudrücken zu können. Und dadurch kam man zur Warenverorgungsstelle. Da diese Warenverorgungsstelle nur als eine vorübergehende Hilfsaktion gedacht ist, besteht außerdem die Möglichkeit, die organisierten Konsumenten später den Konsumgenossenschaften zuzuführen. Je mehr sich letztere bereithalten, an dieser Hilfsaktion mitzuwirken, desto mehr werden die auf diese Weise organisierten Verbraucher mit den Konsumvereinen bekannt und für diese gewonnen werden können. Stellt sich die Genossenschaftsbewegung aber in Reiz und Glied mit den Gewerkschaften dieser Warenverorgungsstelle an den Kreisen der Händler, dann wird sie sich damit nicht die Sympathie der Verbraucher erwerben.

Wegen der notwendigen Geschäftskenntnisse mögen die Gegner unbesorgt sein, weil der Einkauf von tüchtigen und erfahrenen Fachleuten besorgt wird. Dagegen sind den Ortsauschüssen (Gewerkschaftsstarke) die Preise für die abzugebenden Waren vorgeschrieben, sie brauchen also nicht erst kalkulieren und können infolgedessen auch keine Verluste erleiden, schon weil ihnen die nicht verkauften Waren wieder abgenommen werden, so daß sie nur als Vermittler bzw. als Verteiler in Frage kommen. Die Hauptsache ist zunächst eine Herabsetzung der Preise, die Einschränkung des Handelsrisikos und die Ausschüttung des Handelsgewinns. Nebenbei muß natürlich auch versucht werden, den Gewinn der Erzeuger und Lieferanten herabzudrücken, was bei großen Aufträgen eher möglich ist, als beim Einkauf in kleineren Mengen. Außerdem muß aber auch versucht werden, günstige Einkaufsquellen, und sei es auch nur vorübergehend, zu erschaffen, um alle diese Vorteile zugunsten der Verbraucher auszunutzen. Bei jedem Einkauf sollen die Fabrikanten als Erzeuger möglichst verpflichtet werden, weiterarbeiten zu lassen, um so auch der Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken.

Aus den Gewerkschaften.

Wandlungen im Werkmeisterverband.

Im Afa-Bund hat sich seit einigen Monaten eine Opposition gebildet, die gegen seine freigewerkschaftliche Betätigung ankämpft und vom Hauptvorstand des Deutschen Werkmeisterverbandes gebildet wird. Die Mitgliedschaften des D.W.V. hatten ihre Leitung nach Ausbruch der Revolution dazu gedrängt, in den Afa-Bund einzutreten. Doch schon gelegentlich der Abwehr gegen den Rapp-Putsch zeigte diese starke Neigung, bei passender Gelegenheit wieder in das Lager der bürgerlichen Angelegenheiten zurückzugehen. Mit dem Einsetzen der Wahlen zum Reichstag hat sich die Lage zwischen dem Werkmeisterverband und der Afa-Leitung verschärft. Der Vorsitzende des Werkmeisterverbandes kandidierte für die Deutschdemokratische Partei und versuchte seitdem eine Reform des Afa-Programms herbeizuführen. Diese Richtungskämpfe traten Anfang November v. J. auf einer großen Vorstandskonferenz besonders deutlich in die Erscheinung. Inzwischen hat der Werkmeisterverband eine eigene Vorlage für das künftige Afa-Programm herausgebracht, von deren unveränderlicher Annahme er seine weitere Zugehörigkeit zum Afa-Bund abhängig machen will. Vor allem aber steht der Düsseldorf-Vorstand des Werkmeisterverbandes in dem Bekenntnis des Afa-Bundes zum Internationalen Gewerkschaftsbund, sich Amsterdam, eine Verletzung der parteipolitischen Neutralität. Die übrigen Afa-Verbände stehen indes auf dem Standpunkt, daß jede freie Gewerkschaft mit der Zugehörigkeit zum Internationalen Gewerkschaftsbund steht und fällt. Falls der Werkmeisterverband angesichts dieser Situation seinen Austritt aus dem Afa-Bund vollziehen sollte, so ist damit zu rechnen, daß ein großer Teil seiner Mitgliedschaften und Bezirksvereine dieser Parole nicht folgen, sondern die Einberufung eines Verbandstaats verlangen würde. Seitens der Bezirksvereine liegen beim Afa-Vorstand Anträge vor, ihnen für den Fall eines formalen Austrittsbeschlusses durch den Düsseldorf-Vorstand das weitere Verbleiben in den Afa-Ortsstellen bis zum Verbandstag zu ermöglichen.

Die Berliner Holzarbeiter gegen Moskau.

Die am 3. Januar 1921 in den Kammerböden versammelten gesamten Funktionäre des Deutschen Holzarbeiterverbandes (Verwaltung Berlin) kamen zu folgendem Beschluß:

Der Kampf um die Uebernahme der Produktion bedingt die Geschlossenheit der gewerkschaftlichen Bewegung. Der immer festere Zusammenhalt des Unternehmertums in schlagfertigen Verbänden zur Erhaltung des Privateigentums verpflichtet auch die Arbeiterkraft andererseits, alle Kräfte schärfer anzuspannen. In klarer Erkenntnis aller Schwierigkeiten, welche noch bis zur Erreichung dieses Ziels zu überwinden sind, erblicken die Versammelten in der Zusammenfassung der Organisationsleitung eine Macht von weittragender Bedeutung.

Darum können auch die Moskauer „Leitsätze über die Gewerkschaftsbewegung“, wie sie vom 2. kommunistischen internationalen Kongreß gegeben sind, in den deutschen Organisationen nur zerstörend wirken. Die Unterstützung des syndikalistischen Elements und deren Aufnahme in das Exekutivkomitee beschleunigen den Zerfallsprozeß; deshalb lehnt die Versammlung es ab, sich mit Syndikalisten, Unionisten und B. D. international zusammenzuschließen, da diese Elemente bei allen gewerkschaftlichen Aktionen uns hindernd in den Weg treten.

Die Versammlung erblickt in den Londoner Beschlüssen eine fortschreitende Tendenz im Sinne der Revolutionierung der Massen. Sie gelobt, alles daran zu setzen, um die Amsterdamer Internationale auf diesem Wege vorwärtszutreiben und das Werk der Vergesellschaftung der Produktionsmittel durchzuführen.

Um die Schlagkraft der Organisation nicht durch widerstrebende Richtungen in der engeren Verwaltung zu lähmen, beschließt die Versammlung, eine Urabstimmung über Amsterdam oder Moskau, die verbunden wird mit der Neuwahl der engeren Verwaltung.

Der Internationale Gewerkschaftsbund und Sinowjew.

Der Vorstand vom Internationalen Gewerkschaftsbund hat an Sinowjew folgendes Schreiben gerichtet:

Amsterdam, den 10. Dezember 1920.

Herrn Sinowjew,
Präsident der 3. Internationale,

Moskau.

Geehrter Herr Präsident!

Beifolgend sende ich Ihnen den französischen und deutschen Text der vom Internationalen Gewerkschaftskongreß in London (22. bis 27. November) angenommenen Resolution. Wie Ihnen sicherlich aus Presseberichten bekannt sein wird, wurde diese Resolution mit überwiegender Majorität — einzig gegen die Stimmen Italiens und Norwegens — angenommen. Diese Resolution wird sonach die Haltung bestimmen, die wir Ihrer Internationale gegenüber einzunehmen haben.

Sie können daraus ersehen, daß wir keineswegs gewonnen sind, die von Ihrer Seite gegen uns gerichteten verleumderischen Angriffe ohne Widerpruch in der Öffentlichkeit verbreiten zu lassen und doch wir ebenso entschlossen sind, die Interessen der circa 30 Millionen Arbeiter, die unserer Internationale angeschlossen sind, in derselben Weise zu verteidigen wie bisher, und zwar in jenem Geiste, von dem sich die unabhängige Gewerkschaftsbewegung bei ihrem Kampf für die Befreiung des Proletariats leiten zu lassen hat, ohne daß wir uns hierbei, wie das die von Ihnen gegründete sogenannte gewerkschaftliche Internationale tut, einer politischen Partei unterordnen.

Sollten Sie oder andere Vertreter Ihrer Gewerkschaftsbewegung etwa den Wunsch haben, etwas mehr über unsere Bewegung zu erfahren — wobei Sie sich vielleicht überzeugen könnten, daß Sie bisher nichts anderes getan haben, als die eigene Sache und die des Proletariats zu schädigen —, so sind wir jederzeit bereit, Ihnen alle gewünschten Informationen zu erteilen, allerdings unter der Voraussetzung, daß Sie uns gegenüber in derselben Weise handeln, wie wir das Ihnen gegenüber tun, d. h. daß unsere Maßnahmen auf Treu und Glauben genommen werden und jeder von uns sich einzig von der Absicht leiten läßt, den Interessen des Proletariats zu dienen und ihm aus seiner gegenwärtigen kritischen Lage herauszuhelfen.

Nur auf dieser Basis ist unserer Meinung nach ein wirkliches Begreifen der beiderseitigen Absichten und vielleicht auch des Anschlusses der russischen Gewerkschaften an unsere Internationale zu erzielen.

Wir erwarten, daß Sie das Schreiben wie die beiliegende Resolution auch den übrigen Volkskommissaren, die diese Sache angeht, zur Kenntnis bringen werden.

Du de geest.

Aus der Textilindustrie.

Berlin. Achtung, Zeugdrucker! Zugzug nach Berlin muß wegen Lohnbewegung unterbleiben.

Zur Lohnbewegung in Sachsen-Thüringen. Die Lohnbewegung der Textilarbeiter im Bezirk des Verbandes sächsisch-thüringischer Webereien und der Konvention sächsisch-thüringischer Färbereien ist nach erneuten Verhandlungen zum Abschluß gebracht worden. Für alle in Zeit- und Akkordlohn in den Webereien und Ausrichtungsanstalten beschäftigten Personen sind Stundenlohnsteigerungen ab 1. Dezember gewährt worden, denen die Arbeiterkraft zugestimmt hat. Der neue Tarif gilt bis 1. März 1921. — Die Stuhlmeister bekommen außerdem eine einmalige Wirtschaftshilfe von 500 Mk. Im übrigen bleibt das früher getroffene Lohnabkommen, wonach die Stuhlmeister 10, 20 und 30 Proz. auf den Lohn der Facharbeiter erhalten, bestehen. Die Färbereikonvention wird nach Abschluß der Vorarbeiten mit unserer Organisation in Verbindung treten, um eine Besserentlohnung für die Presser und Rahmer zu ermöglichen. — Die Webfabrikanten sind mit uns einig darüber, daß Anträge an Weber und Weberinnen auf Leistung von Überstunden nicht gestellt werden dürfen.

Vermischtes.

Japans Fortschritte in der Farbstoffherstellung.

Japan führte im Jahre 1913 etwa 6000 Tonnen Farbstoffe ein. Von einer heimischen Farbstoffindustrie waren damals nur die allerbedeutendsten Anfänge vorhanden. Nach dem „Journal of the Society of Dyers and Colourists“ wurden am Ende des Jahres 1918 dagegen bereits 80 verschiedene Farbstoffe im Lande selbst erzeugt, und ihre Menge war auf 90 Proz. der Einfuhr des Jahres 1913 gestiegen. Direkte baltische Fixier- und Schwefelfarben werden heute fast sämtlich in Japan selbst fabriziert, jedoch leistet die chemische Industrie in der Herstellung von künstlichem Indigo und hochwertigen Farbstoffen bis jetzt praktisch nichts. Die erwähnte Zeitschrift schließt ihre Ausführungen über die heutige Lage der japanischen Farbstoffindustrie mit der interessanten Bemerkung, ein sorgfältiges Studium der japanischen Leistungen habe ergeben, daß kein einziger japanischer Farbstoff mit den deutschen Produkten konkurrieren könne, selbst wenn ein Schutzoll auf die deutschen Waren gelegt würde; andererseits könnten die japanischen Farbstoffe im Wettbewerb mit amerikanischen Erzeugnissen einigermaßen bestehen.

Berichte aus Sachreisen.

Gröda. Ein Eldorado reiner Unternehmermiffür hat sich in der Baumwollspinnerei in Gröda aufgetan, seit der Direktor Bauer seinen Einzug hier gehalten hat. Dieser Herr denkt nicht nur mit seinen Arbeitern und Arbeiterinnen umspringen zu können, wie es ihm beliebt, sondern er möchte den ganzen Ort nach seiner Weise tanzen lassen. Wenn der Name Bauer genannt wird, ganz gleich, ob bei der Arbeiterkraft oder beim Bürgertum, im Gemeinderat oder im Privatgespräch, dann denkt jeder sich sein bestes. Dieser Herr will Straßen sperren, Verkehrseinrichtungen hindern, treibt Familien aus ihren Wohnungen, wenn der Betrieb ein Haus ermorben hat, ohne Rücksicht auf die große Wohnungsnot, er läßt die Wohnung gerichtlich räumen, kurz, Herr Direktor Bauer kennt nur sich und seine Wünsche, die Allgemeinheit besteht für ihn nicht. Ganz besonders schwer hat die Arbeiterkraft dieses Betriebes unter solchen Handlungen des Direktors zu leiden. Sogar Mißhandlungen an Arbeitern fehlen nicht, und trat die Belegschaft schon einmal deshalb in den Streik. Maßregelungen der Vertrauenspersonen sind keine Seltenheit, bis der Herr Direktor nun einen Betriebsrat zusammen hat, wie er ihn braucht. Besonders der Vorsitzende des Betriebsrates, ein Arbeiter Beyer, genießt den besonderen Schutz des Direktors. Eine Betriebsversammlung hat diesem sonderbaren Arbeitervertreter schon nahegelegt, sein Amt niederzulegen. Das will aber dieser Vertrauensmann der Arbeiterkraft nur tun, wenn sein Direktor sich damit einverstanden erklärt. Unter solchen Umständen ist es dem Direktor leicht, mit seinen Arbeitern umzuspringen, wie es ihm beliebt. Die Arbeitsordnung verlangt von jedem in einer sogenannten Werkwohnung wohnenden Arbeiter die sofortige Räumung, wenn das Arbeitsverhältnis gelöst wird, und wer sich nicht fügt, der fliegt. Dann kommt die gerichtliche Klage auf Räumung der Wohnung, und die Gemeinde hat für Unterkunft zu sorgen und bezahlt die Erwerbslosenunterstützung. Wie dem Betriebsratsvorsitzenden so schnell die Gnadenfalle seines Direktors leuchten konnte, ist der Arbeiterkraft jetzt noch ein Rätsel, zumal vor nicht so langer Zeit derselbe Direktor seinen jetzigen Schützling am schwarzen Brett öffentlich brandmarkte. Nunmehr aber beobachtet die Arbeiterkraft, wie ihr sogenannter Vertrauensmann nach allen Verfammlungen zum Direktor geht und Bericht erstattet. Hier muß gründlich Kehraus gehalten werden.

Auch in sittlicher Beziehung beklagen sich die Arbeiterinnen über einige Meister, und beim letzten Fabrikball sind da verschiedene Beobachtungen gemacht worden. Solche Zustände zu beseitigen, ist aber nur möglich, wenn die Arbeiterkraft geschlossen und entschlossen gegen den Direktor und seine Handlanger vorgeht und sich nicht beirren läßt. Dann kann es nicht mehr vorkommen, daß Erkrankung mit Aussehen der Arbeit bestraft wird. Auch die hygienischen Einrichtungen der Werkwohnungen lassen sehr viel zu wünschen übrig, was die Direktion wenig zu interessieren scheint; die Jauchegruben sind noch länger überlaufen, ohne geräumt zu werden. Dafür aber fehlt Herr Direktor Bauer alle Instanzen in Bewegung, um seinen Willen gegen alle durchzusetzen. Gericht und Behörden müssen sich des öfteren mit diesem Herrn beschäftigen, weil er Rücksicht auf seine Nebenmenschen und die Allgemeinheit nicht kennt. Aber auch solchen Herrenmenschen schlägt die Stunde, und dann haben sie abgewirtschaftet und müssen sich der neuen Zeit fügen. — Die Ortsverwaltung des Deutschen Textilarbeiterverbandes ersucht dringend,

Die „Kote Fahne“ als Beschützerin des Achtstundentages!

Die „Kote Fahne“, die einen verzweiften Kampf gegen die „gelbe“ Gewerkschaftsbureaucratie führt, bringt in Nr. 10 vom 7. Januar folgenden Aufsatz:

Die Gewerkschaftsbureaucratie zersplittert das Proletariat.

Die Gewerkschaftsbureaucratie, die nicht genug Entrüstungsworte finden können, wenn es gilt, den Kommunisten vorzumerfen, sie zersplittern das Proletariat, sind es in der Tat selbst, die einen Reiz zwischen die verschiedenen Schichten des Proletariats zu treiben suchen.

In Cassel gelang es in der dortigen Jutespinnerei-Aktiengesellschaft der Direktion und der mehrheitssozialistischen Gewerkschaftsbureaucratie, die Arbeiterschaft dazu zu betören, daß der Zehn-stundentag eingeführt wurde.

Die Arbeitlosen Kassen führen davon und beabsichtigen eine Demonstration, in der sie ihr Gland zeigen wollten, um die Arbeiterschaft der Jutespinnerei zu veranlassen, die Ueberarbeit abzulehnen, solange noch so zahlreiche Arbeitslose auf der Straße liegen. Als die Kassen hohen Herrschaften von der beabsichtigten Demonstration erfuhr, besetzten sie die Fabrik mit der Sipo. Der darauffolgende unter der gesamten Arbeiterschaft erkennbare Erregung wagte man doch nicht die Stirn zu bieten und zog die Sicherheitspolizei aus der Jutespinnerei zurück. Es gelang aber unseren Genossen, die sich mit aller Energie bei dem Betriebsrat der Fabrik und auch der örtlichen Verbandsleitung gegen eine Ueberschreitung des Achtstundentages einsetzten und verlangten, daß die Arbeitlosen eingestellt werden, nicht dies zu erreichen. Sowohl der Betriebsrat der genannten Fabrik als auch die Verbandsleitung waren nicht zu bewegen, energisch auf Anhaltung des Achtstundentages zu beharren. Bedinglich eine Verpflichtung der Direktion, noch eine Anzahl Hilfskräfte einzustellen, konnte in Aussicht gestellt werden. Ferner gelang es unseren Genossen, einen Beschluß herbeizuführen, daß bei nachmaliger Belegung des Betriebes durch die Sipo sofort die Arbeit niedergelegt wird.

Dieser empörende Vorfall zeigt uns die Früchte der Politik der Gewerkschaftsbureaucratie. Die einzelnen Arbeiterschichten werden auseinandergerissen, die Arbeitenden werden gegen die Arbeitlosen ausgespielt. Die Arbeiterschaft muß endlich mit dieser Gesellschaft brechen. Das Kasseler Beispiel zeigt, wie die Politik der Mehrheitssozialisten der Arbeiterschaft nichts anderes bringt als mehr Arbeit, das bedeutet einige Scheinverträge und sonst weitere Verelendung; das bedeutet die Aufrechterhaltung einer Scheidung zwischen Arbeitenden und Arbeitlosen, die Zersplitterung des Proletariats.

Der Betriebsrat der Jutespinnerei sagt hierzu folgendes:

„Um der rechtzeitigen Lieferung der Auslandsaufträge nachkommen zu können, hat die Arbeiterschaft und der Betriebsrat in einer Betriebsversammlung hierzu Stellung genommen und der Leistung von Ueberstunden zugestimmt; arbeitslose Textilarbeiter und namentlich Soutarbeiter gibt es zurzeit nicht. Die Einstellung von neuen Arbeitskräften, ohne daß dieselben eine längere Lernzeit zurücklegen, um in zwei Schichten zu arbeiten, ist nicht möglich. Der Betrieb ist mit Arbeitskräften voll besetzt, und soweit es sich um die Einstellung von un-gelernten Arbeitskräften handelt, sind solche laut Vereinbarung mit dem Betriebsrat und der Verbandsleitung eingestellt und wenn möglich, werden weitere eingestellt. Die Lieferzeit der Auslandsaufträge ist kurzfristig, und infolge der erheblichen Preissteigerung für Rohstoffe müßte die Abnehmer schon an und für sich von ihren Aufträgen zurücktreten. Die nicht rechtzeitige Lieferung würde die Annullierung der jetzt und später fällig werdenden Aufträge zur Folge haben. Auf Grund dieser Sachlage hat die Arbeiterschaft und der Betriebsrat der Leistung von Ueberstunden zugestimmt.“

Wir wollen hierzu bemerken, daß die Verbandsleitung nicht in allen Fällen die Leistung von Ueberstunden ablehnt, da auch unsere Tarife die Leistung von Ueberstunden unter gewissen Voraussetzungen vorsehen. Von einer Einführung des Zehn-stundentages kann gar keine Rede sein, wie die „Kote Fahne“ behauptet. Dabei stehen wir aber nicht an, zu erklären, daß wir es außerordentlich bedauern, daß der Betriebsrat der Jutespinnerei gegenwärtig dieser Ueberstundenleistung zugestimmt hat. Wir stehen gegenwärtig im Kampfe um die Erhaltung der 46stündigen wöchentlichen Arbeitszeit. Solange diese Frage nicht geregelt ist, mußte der Betriebsrat die Leistung von Ueberstunden ablehnen. In dieser Richtung sind an unsere Funktionäre Anweisungen ergangen, die zweifellos hier unbeachtet geblieben sind.

Die „Kote Fahne“ hat aber gar keine Ursache, sich zum Beschützer des Achtstundentages aufzuwerfen. Denn in ihren eigenen (kommunistischen) Parteibetrieben wird der Achtstundentag in der schlimmsten Form durchbrochen. Die „Leipziger Volkszeitung“ berichtet aus dem Betriebe des Hallenser „Kassenscheider“, daß die Buchdrucker, Druckereihilfsarbeiter und Buchbinder Tag und Nacht, Sonntags und in der Woche arbeiten. Der Buchbinder des Betriebes, einer von den kommunistischen Hauptkassieren, der gleichzeitig Vorsitzender des Buchbinderverbandes ist, hat in einer Woche 96 Stunden gearbeitet. Er hat sogar seine Frau zur Arbeit mitgebracht (die Familie ist kinderlos), obgleich eine ganze Anzahl arbeitsloser weiblicher Arbeitskräfte vorhanden ist. Um noch mehr zur Ueberstundenarbeit anzureizen, spendierte ein neuer Parteifunktionär der Kommunisten, der nebenbei noch ein Barbiergeschäft betreibt, im Auftrage der Bezirksleitung

dadurch gerne zu scharf wird. Hängt man zuviel an, so sind Ehen, Tor und Geschirr schneller kaputt. Außerdem muß man unnötig Kraft vergeuden zum Treten. Es geht, wie man sagt, streng.

Man muß also alles wohlbedenken und überlegen, die sich bietenden Vorteile ausbeuten und alle Nachteile ausmerzen. Auch der Weberberuf braucht eben denkende Leute. Solange alles gerade fortgeht, braucht es allerdings nicht viel Denkfähigkeit dazu. Anders verhält es sich, wenn verschiedene Hindernisse eintreten. Wie geplagt ist ein Weber, der sich gar nicht zu helfen weiß, wenn es irgendwo anfängt zu hapern. Ein denkender Weber erstirbt alsdann die Grundursachen, er hält den ganzen Zusammenhang wohl im Auge und kommt den Hindernissen sicher bald auf die Spur. Weil wir aber nun betont haben, daß der Weber ein berechnender und abwägender Fachmann sein soll, wie jeder andere Berufsmann, so kommen wir zum Schluß noch auf folgenden wichtigen Punkt: Geistig und körperlich ganz schwache Kinder sollte man nicht in den Keller einsperren und sie noch zum Weben anhalten. Solche Kinder sind sehr zu bedauern, denn tüchtige, leistungsfähige Weber geben sie doch niemals. Soll ein Weber einigermassen etwas verdienen, so muß er über eine Fertigkeit verfügen können, sonst ist er ein armer Tropf. Er muß nicht nur schöne, exakte Ware machen können, sondern auch mit Behendigkeit und Energie viel leisten können. Wie sollte einer bei der teuren Lebenshaltung sich mit einer Familie noch durchschlagen können? Sind aber Intelligenz, Gesundheit und Freude zum Weberberuf vorhanden, dann kann es einstweilen noch so mit knapper Not gehen.

Darum Weberschiffli wacker,
Hau das Stück bald ab,
Es braucht ein Will', ein starker,
Im kurzen und langen Tag.
Daß ein Vieblein klingen,
Wenn das Schiffchen fahrt.
Daß dies öfters „Spüll“ bringen,
Dann gibt's zu essen, wenn der Magen knurrt.

(Textilarb., Schweiz.)

für die arbeitenden Frauen 100 Mark für Schokolade.

So sieht also die Fürsorge der Kommunisten um die Arbeitslosen aus. Selbst Schokolade hält man bereit, damit die arbeitenden Frauen Ueberstunden leisten.

Eine heuchlerische Gesellschaft!

Kampf- oder Unterstüßungsorganisationen?

Man schreibt uns:

Gehören Kranken- und Erwerbslosenunterstützung in die Gewerkschaften? Diese Frage wird zweifellos auf der nächsten Generalversammlung eine große Rolle spielen. Vor dem Kriege hatten wir keinerlei Unterstützung für Arbeitslose aus öffentlichen Mitteln; die Arbeitslosen waren sich ihrem Schicksal selbst überlassen. Nachdem man aber unter dem Zwang der Verhältnisse auf dem Verordnungswege Mittel zur Unterstützung Erwerbsloser bereitstellen mußte, war es sofort Aufgabe der Gewerkschaft, die Unterstüßungsfrage aufzurollen. Leider ist es nicht gelungen. Es kann eingewendet werden, in unseren Ortsverwaltungen wollen die Mitglieder nichts davon wissen, sie werden der Beseitigung der beiden Unterstüßungsarten nicht zustimmen. Diese Einwände sind nicht stichhaltig.

Natürlich kommt viel auf die Stimmung der Mitglieder an. Wirbt man die Mitglieder nur auf Grund der Unterstüßungseinrichtungen, so wird man immer schlechte Erfahrungen machen. Macht man sie aber auf die immer schwerer werdenden Kämpfe aufmerksam, sagt man ihnen, nur im schärfsten Kampfe könnt ihr euer Leben retten, so werden die Mitglieder sich diesen Dingen nicht verschließen, sie werden einsehen, daß Kranken- und Erwerbslosenunterstützung nicht in die Gewerkschaften gehören. Die Gewerkschaften sind nicht dazu da, dem Staate seine Verpflichtungen dem Opfer der heutigen Zeit gegenüber abzunehmen. Die Gewerkschaften haben wirklich auch keine Mittel dazu. Die wirtschaftlichen Kämpfe werden immer schwerer, lenken wir deshalb das Augenmerk der Kollegen und Kolleginnen darauf. Seit 1918 haben die Gewerkschaften einen starken Zustrom erhalten, die annähernd 6 Millionen neuer Mitglieder werden unterstüßungsbedürftig. Die wirtschaftliche Krise, die uns jetzt vom Westen her zu erdrücken droht, wird uns auch manchen Kopfschmerz in den Gewerkschaften machen. In vielen Fällen sind alte Mitglieder ausgesteuert, sie können keinen Zuschuß mehr erhalten, neue erhalten 30 Tage (1 Jahr). Dauert die Arbeitslosigkeit länger, so ist mit dem wenigen auch nicht geholfen. Verwenden man all diese Mittel zur Verbesserung und zur Verkürzung der Arbeitszeit, dann ist auch den Arbeitslosen geholfen. (Eingliederung in den Produktionsprozeß.)

So wie bei der Erwerbslosenunterstützung liegen auch die Verhältnisse im Krankentatbestimmen. Lenken wir unser Augenmerk einmal auf die Betriebskrankenkassen, sorgen wir dafür, daß diese Auswüchse bald von der Bildfläche verschwinden, treten wir ein für eine straffe Zentralisation des Versicherungswesens! Dann werden diese Körperschaften auch ihrer Aufgabe gewachsen sein, nämlich den Kranken und Leidenden die Hilfe zu gewähren, die ihnen zukommt.

Wir sehen große Gefahren für die Gewerkschaften heraufziehen, nicht verursacht von den Kommunisten, sondern aus den wirtschaftlichen Verhältnissen. Entweder wir behalten die Unterstüßungen bei und unterlassen die Kämpfe, oder aber wir beseitigen die nicht mehr zeitgemäßen Unterstüßungsarten und kämpfen für den Bestand der Arbeiterklasse.

Mit den alten Waffen der Vorkriegszeit kommen wir nicht mehr aus.

Ich hoffe, daß sich aus meinen Ausführungen eine recht rege Debatte herausbilden wird.

R. H., Limbach i. Sa.

Soweit der Kollege R. H. einer straffen Zentralisation des gesamten Sozialversicherungswesens das Wort redet, sind wir mit ihm einverstanden. Auch wir haben immer gegen die Zersplitterung der Krankenkassen gekämpft, weil durch dieselbe die Versicherten maßlos geschädigt worden sind. Anders sieht jedoch die Sache mit den Unterstüßungseinrichtungen in den Gewerkschaften aus. Wir können nicht ohne weiteres mit roher Hand diese Unterstüßungseinrichtungen beseitigen. Es würde dies unseres Erachtens zu einer schweren Schädigung der Organisation führen. Die Argumente, die R. H. ins Feld führt, sind ja so alt, wie die Unterstüßungseinrichtungen selbst; die Gegner der Unterstüßungseinrichtungen haben die Einführung der Unterstüßung mit denselben Gründen bekämpft. Die Entwicklung hat jedoch gezeigt, daß diese Einwände Trugschlüsse waren. Es steht ohne Zweifel fest, daß die Unterstüßungseinrichtungen in den Gewerkschaften die Mitglieder fester an die Gewerkschaften ketten. Und nicht nur das, sie waren auch ein wesentliches Mittel zur Stärkung der Gewerkschaftsorganisationen überhaupt. Die Arbeitslosenunterstützung selbst aber ist als ein unbefristetes Kampfmittel anzuprehen; sie hat die Kampffähigkeit der Gewerkschaftsmitglieder wesentlich gehoben. Die Summen, die in Form von Unterstüßungen ausgegeben werden, erhöhen ohne weiteres die Widerstandskraft der Arbeiterschaft. Es ist deshalb eine Illusion, wenn R. H. glaubt, daß die in Form von Unterstüßungen verausgabten Gelder den Kampfcharakter der Gewerkschaften beeinträchtigen. Das Gegenteil ist der Fall. Daß solche einfachen Dinge, die jeder ABC-Schüler in der Gewerkschaftsbewegung kennt, dem Kollegen R. H. nicht bekannt sind, ist bedauerlich. Für uns Gewerkschaftler muß doch die Geschichte der Gewerkschaftsbewegung beachtet werden und bei unseren Handlungen mit zu Rate gezogen werden. Es gilt dies bei allen Fragen und Problemen, die auftauchen, und somit auch bei Beurteilung der Frage des Abbaues der Unterstüßungseinrichtungen. Wir können deshalb nicht der Phrasen, daß durch die Unterstüßungseinrichtungen den Gewerkschaften der Kampfcharakter genommen würde, das Wort reden. Der entschlossene Wille der Arbeitermassen zum Kampf gegen die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft findet seine Förderung in den wirtschaftlich politischen Zuständen der Gegenwart. Mit der Unterstüßung wird der Wille zum entschlossenen Kampf nicht abgemildert, sondern die Kampffähigkeit erhöht. Ob wir die Gelder in Form von Streikunterstützung ausgeben oder in Form von Unterstüßungen, ist gleichgültig. Dabei muß aber beachtet werden, daß eine vollkommen degenerierte Arbeiterschaft niemals soviel Kraft und moralischen Willen aufbringen kann, um die Bourgeoisie ihrem Willen unterzuordnen und die sozialistische Wirtschaft an Stelle der kapitalistischen durchzusetzen. Daß unsere Unterstüßungseinrichtungen, namentlich die Arbeitslosenunterstützung, unzulänglich sind, wissen wir. Aber unsere Verbandseinrichtungen lassen sich nicht für kürzere Zeiten festlegen, sondern müssen immer für längere Zeiträume Geltung haben. Wenn R. H. sagt: Entweder wir behalten die Unterstüßungen bei und unterlassen die Kämpfe, oder aber wir beseitigen die nicht mehr zeitgemäßen Unterstüßungsarten und kämpfen für den Bestand der Arbeiterklasse, so können wir darauf nur sagen, daß wir viel weiter wie der Kollege R. H. gehen: wir kämpfen für die Befreiung der Arbeiterklasse aus jeder Lohnknechtschaft. Die Waffen, die wir hierzu brauchen, wird die Zeit der Arbeiterklasse schmieden. Die absterbende kapitalistische Gesellschaft wird dem Proletariat die Waffen in die Hand drücken, die es zu seiner vollständigen Befreiung braucht. Die bisherigen Waffen dürfen wir nicht fortwerfen, solange wir bessere nicht besitzen, sondern wir müssen die Waffe der Gewerkschaft in ihrer Form voll ausnützen gegen unsere Gegner. Die Gewerkschaften sind im Schoße der kapitalistischen Wirtschaft geboren worden, um den Kampf gegen den Kapitalismus zu führen. In diesen Kämpfen hat sich die Gewerkschaftsorganisation als Waffe gebildet und deren Einrichtungen sind ein Produkt des Kampfes. Das Wichtigste, was die Gegenwart von uns verlangt, ist die Einigkeit der Arbeiterschaft herzustellen, um eine geschlossene Kampffront gegen die Reaktion zu schaffen. Für dieses Problem einzutreten ist heute unendlich wichtiger als alles andere.

Die Redaktion.

Der Wolf geht um.

Der christliche Bezirksleiter Ernst Rümmele hat an die Vorstandsmitglieder und Vertrauensleute folgendes interessante Schreiben gerichtet:

Lörrach, den 29. Januar 1919.

An die Vorstandsmitglieder und Vertrauensleute unserer Ortsgruppe Löttnau.

Berter Kollege, werte Kollegin!

Ich komme am Freitag, den 31. Januar 1919, nach Löttnau und findet dann abends 8 Uhr im Hirschen eine Generalversammlung

statt, wobei ich einen Vortrag halten werde über das Thema: „Unsere Ideale im Wandel der Zeiten“. Ferner steht zur Tagesordnung: Die Neuwahl des Arbeiterausschusses und anderes mehr.

Ich bitte Euch nun, alle unsere Mitglieder zu benachrichtigen und sie zu unserer Versammlung einzuladen. Nur unsere Mitglieder nebst Angehörigen und Unorganisierte haben zu unserer Versammlung Zutritt. Sozialdemokraten und Freiorganisierte sind ausgeschlossen.

Diese unsere Generalversammlung am Freitag abend ist notwendig und sehr wichtig, denn der Wolf im Schafspelz geht in Löttnau um: der zu den Sozialdemokraten übergetretene frühere „Kollege“ Siebert sucht uns Mitglieder abspenstig zu machen und den freien Textilarbeiterverband in Löttnau einzuführen. Das ist eine gefährliche Zersplitterung und Schädigung unserer ganzen Arbeiterbewegung in Löttnau. Ihr wißt alle, was unser Verband in den letzten Jahren für die Arbeiter dort geleistet hat, deshalb brauchen wir jetzt den freien sozialdemokratischen Verband nicht. Wir müssen diesen roten Füchsen auf die Finger klopfen und ihnen ihr lauberes Handwerk legen. Kommt deshalb alle zu unserer Versammlung. Fehle niemand!

Mit freundlichem Gruß!

Ernst Rümmele, Bezirksleiter.

Es ist wahrhaftig recht schrecklich, daß in Löttnau der Wolf umgeht und die christlichen Mitglieder zu verschlingen sucht. Wir finden es daher ganz in der Ordnung, wenn Ernst Rümmele als kaperter Ritter St. Georg auszieht, um den Wolf zu erlegen. Wir glauben nur, daß Ernst Rümmele nicht das richtige Mittel anwendet. Anstatt den Wolf in seiner Versammlung zuzukassieren, wo er die beste Gelegenheit hätte, ihn unschädlich zu machen, schießt er ihn aus. Ja, ja, Ernst Rümmele ist ein großer Zweifler, er glaubt selbst nicht an seine Kraft, auch dann nicht, wenn er sich das Gewand des heiligen Ritters St. Georg umgelen hat. Mit dem „Die-rotten-Füchse-auf-die-Finger-klopfen“ hat es eine ganz eigene Bewandnis. Man muß doch schließlich so tun. Mit dem Wolf direkt anzubändeln, „Aug' in Auge“, das tut Ernst Rümmele nicht. Er kennt dafür einen besseren Teil der Tapferkeit. Derweil fressen die „Rötn“ die Schwarzen. Ja, unsere Christen sind ganz besondere „Brachterle“. Uns kann es recht sein. Im übrigen unser Beileid!

Was bleibt vom Sohn Steuerabzugsfrei?

In Nr. 46 des vorigen Jahrgangs wiesen wir darauf hin, daß in den Fällen, wo Mann und Frau zugleich in Arbeit stehen, für jedes dieser beiden Teile das im Gesetz festgelegte Existenzminimum vom Steuerabzug befreit ist und daß außerdem der Ehemann noch die Vergünstigung genießt, den entsprechenden Betrag für die Ehefrau ebenfalls in Abzug zu bringen. Wie eine Reihe von Zuschriften beweisen, ist diesem Erlass des Reichsfinanzministeriums so wohl von Seiten der Arbeitgeber als auch verschiedener Finanzämter nicht allenthalben Rechnung getragen worden. Wir haben uns dieserhalb direkt an das Reichsfinanzministerium gewendet und erhalten von dort unter dem 3. Januar unsere Auffassung bestätigt. Das Reichsfinanzministerium hat unter dem 14. September 1920 folgendes bekanntgegeben:

Zur Behebung von Zweifeln, die sich bei der Berechnung des abzugsfreien Teiles des Arbeitslohnes ergeben haben, bemerke ich folgendes:

1. Nach § 1, Absatz 6 der vorläufigen Bestimmungen zur Ausführung des Gesetzes zur ergänzenden Regelung des Steuerabzuges vom Arbeitslohn vom 21. Juli 1920 zählen die Kinder, wenn beide Ehegatten zusammenleben, nur als zum Haushalte des Ehemannes gehörig. Bei der Ehefrau darf in diesem Falle der Lohnabzug wegen des Vorhandenseins minderjähriger Kinder nicht geführt werden. Die Ehefrau ist in diesem Fall nicht Haushaltsangehörige, die Kinder gehören also nicht zu ihrem Haushalt. Eine zweimalige Berücksichtigung der minderjährigen Kinder sowohl bei dem Steuerabzug vom Arbeitslohn des Ehemannes wie bei dem der Ehefrau ist ausgeschlossen.

2. Von dem Arbeitslohn der mitarbeitenden Ehefrau eines Arbeitnehmers sind die Beträge nach § 45a Absatz 1 des Gesetzes zur ergänzenden Regelung des Steuerabzuges vom Arbeitslohn vom 21. Juli 1920 (Reichsges.-Bl. S. 1463) beziehungsweise nach § 1 Absatz 1 der hierzu ergangenen vorläufigen Bestimmungen demnach bei Berechnung des Arbeitslohnes nach Wochen 30 Mk. für die Woche, bei Berechnung des Arbeitslohnes nach Monaten 125 Mk. für den Monat abzugsfrei zu belassen.

Daneben darf der Ehemann die Vergünstigung nach § 45a Absatz 2 des Gesetzes beziehungsweise § 1 Absatz 2 der vorläufigen Bestimmungen für die Ehefrau in Anspruch nehmen; es erhöht sich demnach bei ihm der nach § 45a Absatz 1 des Gesetzes beziehungsweise § 1 Absatz 1 der vorläufigen Bestimmungen dem Steuerabzuge nicht unterworfen Teil des Arbeitslohnes für die Ehefrau um 1,50 Mk., 10 Mk. oder 40 Mk. je nach täglicher, wöchentlicher oder monatlicher Berechnung des Arbeitslohnes.

3. Bei Arbeitnehmern, die zur Haushaltung eines anderen Steuerpflichtigen zählen (§ 20 Absatz 6 des Gesetzes vom 29. März 1920), sind die Beträge des § 45a Absatz 1 des Gesetzes vom 21. Juli 1920 beziehungsweise § 1 der hierzu ergangenen vorläufigen Bestimmungen abzugsfrei zu belassen.

Ich ersuche ergebenst, die Finanzämter hiervon in Kenntnis zu setzen.

(Unterschrift.)

Das Finanzministerium bemerkt in dem an uns gerichteten Schreiben, daß unsere Auffassung den Ausführungen in seinem Erlass entspricht. Es bleibt also dabei: Sowohl bei dem Mann als auch bei der Frau müssen wöchentlich 30 Mk. vom Abzug befreit bleiben. Es bleiben außerdem bei dem Einkommen des Mannes 5 Mk. pro Tag frei für die Ehefrau und die entsprechenden Beträge für vorhandene Kinder. Nur darf dort, wo Kinder vorhanden sind und der entsprechende Betrag vom Einkommen des Mannes abzugsfrei bleibt, nicht auch noch einmal ein steuerabzugsfreier Teil für die Kinder bei der Frau gesichert werden.

Wir raten also unseren Kollegen dringend, überall dort, wo von Seiten der Arbeitgeber oder der Finanzämter in dieser Hinsicht Schwierigkeiten gemacht werden, sofort den Rechtsweg zu beschreiten, gegen die Finanzämter bei den Landesfinanzämtern Beschwerde zu erheben und die widerpenstigen Arbeitgeber evtl. um den zuviel abgezogenen Betrag zu verklagen.

Informationsbureau.

10. Tagung des Ausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

II.

Zu den Angriffen der von den Moskowitern geführt und zum Teil wohl auch noch etwas anders ausgehaltenen Kommunisten hatten schon vor der Ausschusstagung einige Gewerkschaften (auch unsere, durch den Beirat) in recht scharfer Weise Stellung genommen. Unter den im Ausschuß versammelten Vorstandsvertretern herrschte natürlich volle Einmütigkeit darüber, daß